



AS (22) RP 3 G
Original: English

BERICHT

FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE FRAGEN

***„Menschliche Sicherheit für alle als Grundlage für
europäische Sicherheit“***

**BERICHTERSTATTER
Hr. Johan Buser
Schweden**

BIRMINGHAM, 2. – 6. JULI 2022

BERICHT FÜR DEN ALLGEMEINEN AUSSCHUSS FÜR DEMOKRATIE, MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE FRAGEN

„Menschliche Sicherheit für alle als Grundlage für europäische Sicherheit“

Berichterstatter: Hr. Johan Buser (Schweden)

Einleitung

In den Gründungsdokumenten der OSZE haben wir uns verpflichtet, die Menschenrechte, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen festgelegt sind, stets zu wahren und zu achten. Nach der Schlussakte von Helsinki werden wir „in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte handeln“. Eine Zusage, die in der Charta von Paris bekräftigt wird, worin es heißt: „Unwiderruflich bekennen wir uns zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten“. Wir haben die Verantwortung für die Wahrung der Grundfreiheiten jedes Einzelnen innerhalb unserer nationalen Grenzen übernommen. Die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sind zentrale Aspekte, die zu dauerhafter Sicherheit führen. Die OSZE und ihre Parlamentarische Versammlung müssen die Staaten daran erinnern, dass sie für ihre Zusagen Rechenschaft ablegen sollten. Diese Verpflichtungen sollten keine leeren Worte sein, sondern Leitsätze für das Leben.

In einer Zeit, in der die europäische Sicherheitsarchitektur mit der nicht provozierten Invasion Russlands in die Ukraine vor der größten Herausforderung seit Jahrzehnten steht, müssen wir alle nur möglichen Schritte unternehmen, um Sicherheit auf ihrer grundlegendsten Ebene zu stärken. Das bedeutet menschliche Sicherheit für alle mit Schwerpunkt auf der vollen Achtung der Menschenrechte und demokratischen Grundsätze.

Im letztjährigen Bericht wurde hervorgehoben, wie die COVID-19-Pandemie die weltweite Menschenrechtslage belastet und zu einer allgemein schwindenden Achtung der Demokratie geführt hat. Das Internationale Institut für Demokratie und Wahlhilfe (IDEA) kam in seinem kürzlich veröffentlichten Bericht 2021 über den weltweiten Zustand der Demokratie zu einem ähnlichen Schluss: Im nunmehr fünften Jahr in Folge ist die Demokratie auf dem Rückzug.¹ In einigen Fällen wurde die Pandemie als Vorwand benutzt, um Freiheiten zu beschneiden und die staatliche Einflussnahme in Bereichen, die unabhängig bleiben sollten, auszuweiten.² Wir beobachten auch, dass die Welt immer autoritärer wird; nicht-demokratische Regierungen werden in ihren Maßnahmen zur Einschränkung der Redefreiheit und Schwächung der Rechtsstaatlichkeit immer dreister.³ Trotz eines insgesamt entmutigenden Bildes weist IDEA darauf hin, dass Proteste und Bürgerengagement nach wie vor weitverbreitet sind. Das sollte uns als Mahnung dienen, dass wir die Zivilgesellschaft vor Einmischung schützen und ihre Dynamik erhalten müssen.

¹ <https://www.idea.int/gsod/>

² <https://mertek.eu/en/2020/05/13/police-action-against-alleged-fake-news/>

³ <https://www.idea.int/gsod/>

Die Pandemie führte auch dazu, dass sich viele stärker nach innen orientierten. In der ersten Phase der Pandemie versäumten es die Staaten, gemeinsam multilaterale Lösungen zu finden; stattdessen schlossen sie ihre Grenzen und versuchten einzeln, ein gemeinsames Problem zu bewältigen.⁴

Diese Menschenrechtsverletzungen und demokratischen Rückschritte haben nicht mit COVID-19 begonnen, sondern sind Symptome jahrelanger Vernachlässigung. In den Berichten und Entschlüssen der OSZE/PV wird Jahr für Jahr auf anhaltende Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite hingewiesen. Übergriffe richteten sich vor allem gegen Frauen, die sich in allen Aspekten des Lebens hartnäckigen Ungleichheiten gegenübersehen, gegen Roma, Sinti, religiöse Minderheiten und gegen lesbische, schwule, bi-, trans- und intersexuelle (LSBTI) Menschen.⁵ Diese Defizite sind in Anbetracht der in den letzten Jahrzehnten erzielten Fortschritte eine beunruhigende Herausforderung; nach so viel harter Arbeit für die Verbesserungen, die herbeigeführt worden sind, dürfen wir eine Rückentwicklung nicht hinnehmen.

Die Zivilgesellschaft und die freien Medien, die Grundpfeiler unserer Demokratien sind, erleben in mehreren Teilnehmerstaaten, dass der Raum, in dem sie unabhängig von staatlicher Einflussnahme agieren können, kleiner wird. Das zeugt von mangelndem Ehrgeiz, Grundrechte zu wahren. Wenn unsere Demokratien Bestand haben sollen, dann müssen diese Aspekte um jeden Preis verteidigt werden. Vielerorts ist die ohnehin schon begrenzte Toleranz gegenüber zivilgesellschaftlicher Kritik und Infragestellung der Behörden weiter gesunken, und der öffentliche Raum schrumpft insgesamt.⁶ Um es klar zu sagen: Wenn wir den öffentlichen Raum durch staatliche Auflagen einschränken, dann unterminieren wir unsere Demokratien und ihren dynamischen Charakter.

So scheint es nun ganz wesentlich, unser Bekenntnis zu den Menschenrechten und unseren demokratischen Werten zu bekräftigen und nicht zuzulassen, dass autoritäre Tendenzen unsere demokratischen Institutionen aushöhlen. Die OSZE ist dafür verantwortlich, uns an dieses Bekenntnis zu erinnern und sich gegen alle undemokratischen Tendenzen und Menschenrechtsverletzungen, von denen sie Kenntnis erhält, auszusprechen.⁷

⁴ Das rief unheimliche Erinnerungen an die Migrationskrise 2015 wach, als europäische Staaten angesichts der stattfindenden humanitären Katastrophe ihre nationalen Grenzen schlossen.

⁵ Im vergangenen Jahr wurde uns auch ein Bericht der Sonderbeauftragten der OSZE/PV für Genderfragen über die zunehmende Gewalt gegen Journalistinnen und Politikerinnen in den letzten Jahren und während der COVID-19-Pandemie vorgelegt: <https://www.oscepa.org/en/documents/special-representatives/gender-issues/report-17/4247-2021-report-by-the-special-representative-on-gender-issues-violence-against-women-journalists-and-politicians-a-growing-crisis/file>

⁶ <https://ejpr.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/1475-6765.12451>

⁷ Zur Auseinandersetzung mit diesen Fragen stehen der OSZE bestimmte Instrumente zur Verfügung. Welche Maßnahmen ergriffen werden können, verdeutlicht zum Beispiel das von Präsidentin Margareta Cederfelt am 18. November an alle Mitglieder der OSZE/PV gesendete Schreiben im Hinblick auf das Versäumnis im zweiten Jahr in Folge, Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension zu organisieren. Die Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension sind für die OSZE eine wertvolle Möglichkeit, offen darüber zu diskutieren, mit welchen Herausforderungen die Region im Lauf des Jahres konfrontiert war und was getan werden muss, um diese zu bewältigen.

Menschenrechte und humanitärer Schutz in Konfliktgebieten; der durch die russische Invasion in die Ukraine verursachte Krieg

Angesichts des Wiederauftretens von Krieg im Herzen Europas müssen wir klar und deutlich erklären, dass militärische Offensiven nicht mit den Werten und Prinzipien der OSZE vereinbar sind. Russlands Invasion in die Ukraine im Jahr 2022 stellt nicht nur seit langem eingegangene Verpflichtungen zur europäischen Sicherheit in Frage, sondern fordert auch Tausende Todesopfer und gefährdet unmittelbar die Menschenrechte und das humanitäre Wohlergehen von Millionen. Während im politischen Bereich eine Deeskalation der Spannungen und eine Rückkehr zu Diplomatie und Dialog erforderlich sind, muss der sichere Zugang zu humanitärem Schutz für alle Menschen unbedingt aufrechterhalten werden. Hier sollten wir uns von den vier Grundsätzen der humanitären Hilfe leiten lassen: Achtung der Menschlichkeit, Neutralität, Unparteilichkeit und Unabhängigkeit.

Seit Beginn der russischen Invasion in die Ukraine am 24. Februar ist eine Eskalation von Verstößen gegen humanitäres Recht und Menschenrechtsnormen dokumentiert worden, darunter die Tötung von Zivilisten, militärische Angriffe auf geschützte Gebäude (einschließlich Krankenhäusern und Schulen) und der Einsatz von unterschiedslos wirkenden Waffen. Diese wären als Kriegsverbrechen einzustufen und verstoßen gegen international anerkannte humanitäre Grundsätze. In der Ukraine werden die Rechte auf Leben, auf Freiheit und auf Sicherheit angegriffen, was den gesamten OSZE-Raum vor ein gemeinsames Problem stellt.

Die ungehinderte Beförderung humanitärer Hilfe für Zivilisten in Not muss ohne jede nachteilige Unterscheidung oder Diskriminierung ermöglicht und erleichtert werden. Absolute Priorität haben ferner die sofortige Einstellung der Angriffe auf Zivilisten oder zivile Infrastrukturen sowie die Erleichterung humanitärer Korridore, einschließlich der sicheren Beförderung aller Zivilisten und Einsatzkräfte.

Die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine spielt seit acht Jahren eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der örtlichen Bevölkerung in vielerlei Hinsicht. Mit der kriegsbedingten Zwangsevakuierung internationaler Kräfte muss die OSZE neue Wege zur Unterstützung der Betroffenen finden. In Anbetracht des Ausmaßes der Verstöße gegen OSZE-Prinzipien ist es wichtig, dass sich alle Institutionen der OSZE weiter mit der Lage in der Ukraine befassen und dass alle Instrumente der Organisation zum Einsatz gebracht werden. Die Anwendung des Moskauer Mechanismus mit dem Ergebnis, dass eine Gruppe unabhängiger Sachverständiger eine Untersuchung von Verletzungen internationaler Menschenrechtsnormen und humanitären Völkerrechts vornahm, ist ein wichtiger Beitrag zur internationalen Bearbeitung des Konflikts.

Im Kontext massiver geopolitischer Instabilität erfordert die Suche nach dauerhaften Lösungen zur Wahrung der Menschenrechte in Konfliktgebieten die Mitwirkung aller Akteure, einschließlich der Parlamentarier. Es müssen Instrumente beschlossen werden, die geeignet sind, Straflosigkeit mit Sanktionen zu belegen, schwere Rechtsverletzungen zu ahnden und sicherzustellen, dass alle Staaten das humanitäre Völkerrecht einhalten.

Die Verweigerung von Menschenrechten kann Konflikte hervorrufen und verschärfen. Leider muss daher erneut betont werden, dass außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen, Folter, widerrechtliche Freiheitsentziehung, willkürliche Festnahmen, Restriktionen gegen Regierungskritiker und das Versäumnis, Binnenvertriebenen und Flüchtlingen angemessenen Schutz zu gewähren, nicht hinnehmbar sind. Alle OSZE-Teilnehmerstaaten sollten den politischen Willen zeigen, behauptete Kriegsverbrechen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen, und eine wirksame Politik zum Schutz dieser Rechte umsetzen.

Im Verlauf des Kriegs sind bereits Millionen Menschen vertrieben worden. Die Nachbarländer der Ukraine und tatsächlich alle OSZE-Teilnehmerstaaten sollten sich bemühen, alle Menschen, die vor der Gewalt fliehen, ungeachtet ihres Herkunftslands, ihres religiösen Hintergrunds, ihrer Rasse oder ethnischen Zugehörigkeit aufzunehmen und zu versorgen.

Schwindender Raum für unabhängiges öffentliches Handeln

Eine starke Zivilgesellschaft, die unabhängig vom Staat agiert, ist ein Garant für unabhängigen demokratischen Ausdruck. Bemühungen des Staates, die Zivilgesellschaft unter Kontrolle zu bringen, untergraben daher die Stabilität und Sicherheit unserer Gesellschaften. Entscheidend ist, dass wir nicht nur den Staat und die öffentlichen Behörden, sondern die Vitalität und den Geist der Gesellschaft verteidigen. Das erfordert einen minimalistischen Ansatz, was die Regulierung dieser unabhängigen Bereiche anbelangt, und Partnerschaften in redlicher Absicht mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Gruppen.

Das Ersticken der Zivilgesellschaft

Damit die Gesellschaft dynamisch bleibt, muss die Zivilgesellschaft unabhängig sein. Der Staat muss sicherstellen, dass er nicht sein Mandat überschreitet oder die Integrität der Zivilgesellschaft gefährdet. Und doch häufen sich weiter die Beweise für Druck auf die Zivilgesellschaft. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Beispiele dafür gesehen, dass Menschen in mehreren Ländern das Recht auf Protest und freien Ausdruck im öffentlichen Raum nicht gewährt wurde.⁸ Regierungen haben sich entweder aktiv dafür entschieden, die Rechte ihrer Bürger nicht zu schützen, und sie der Gefahr ausgesetzt, von Hassgruppen bedroht und angegriffen zu werden, oder sie haben nichtstaatlichen Organisationen und anderen Gruppen aktiv das Recht auf Ausübung ihrer Grundrechte verwehrt. Nichtstaatliche Organisationen geraten immer mehr ins Visier autoritärer Regierungen, da ihre Unabhängigkeit als Risiko angesehen wird. In mehreren OSZE-Teilnehmerstaaten wurden Restriktionen gegen nichtstaatliche Organisationen gesetzlich verankert und rechtliche und finanzielle Einschränkungen und aufwändige Verwaltungsverfahren, die ihre Funktionsfähigkeit begrenzen, eingeführt. Nichtstaatliche Organisationen wurden aus ihren Heimatländern vertrieben, ihre Geldgeber von der Regierung unter Druck gesetzt, ihre Mitarbeiter schikaniert, und internationalen Mitarbeitern wurden ohne triftigen Grund Arbeitsvisa verweigert. In extremen Fällen wurden nichtstaatliche Organisationen effektiv kriminalisiert, darunter auch solche, die humanitäre Hilfe für Migranten leisten.

⁸ Hinweise auf den schwindenden Raum für zivilgesellschaftliche Arbeit tauchen in den letzten Jahren leider regelmäßig in den Schlussfolgerungen der OSZE-Wahlbeobachtungsberichte auf.

Eine solche Einmischung stellt eine nicht hinnehmbare Einschränkung des Genusses grundlegender Menschenrechte dar.⁹

Alle OSZE-Teilnehmerstaaten sollten das vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (OSZE/BDIMR) bereitgestellte Fachwissen nutzen, um alle Gesetzesentwürfe zu überprüfen, die Auswirkungen auf nichtstaatliche Organisationen oder zivilgesellschaftliches Engagement haben, mit dem Ziel, einen fairen und demokratischen Handlungsraum zu erhalten.

Soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft

Sozioökonomische Ungleichheiten innerhalb von Ländern sind Träger von Unzufriedenheit und Demokratieverdrossenheit. Wenn Bürger sich nicht in die wirtschaftliche Entwicklung einbezogen fühlen und sehen, dass ihr materieller Wohlstand stagniert oder abnimmt, während der Wohlstand der Bessergestellten ständig wächst, dann tritt Polarisierung zutage. Zunehmende Armut ist in vielen Ländern der OSZE ein klarer Trend und stellt eine Bedrohung für demokratische Prozesse dar. Sozioökonomische Unterschiede können zu weitverbreiteter politischer Unzufriedenheit führen, da die Menschen im wirklichen Leben nicht die Veränderungen sehen, die sie sich von einem zugänglichen politischen System wünschen. Die Teilnehmerstaaten sollten sich besonders darum bemühen, verletzte Bevölkerungsgruppen zu schützen und inklusive Gesellschaften und demokratische Systeme, die für alle arbeiten, zu entwickeln.

Patriarchalische Werte und autoritäre Bewegungen bedrohen die aktive Rolle der Frauen in der Gesellschaft

Auch wenn es in der Sache der Frauen und ihrer Gleichberechtigung große Fortschritte gegeben hat, bleibt noch sehr viel zu tun. So hat uns die Sonderbeauftragte der OSZE/PV für Genderfragen auf die zunehmende Gewalt aufmerksam gemacht, der Journalistinnen und Politikerinnen online wie offline ausgesetzt sind. Die COVID-19-Pandemie hat uns auch vor Augen geführt, dass Frauen in schwierigen Zeiten noch immer zu den sozial und wirtschaftlich Verletzlichsten zählen. Wir müssen gegen den in letzter Zeit mancherorts zu beobachtenden Trend angehen, dass autoritäre und patriarchalische Werte wieder aufleben und sich negativ auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirken. Der öffentliche Raum braucht die gleiche Teilhabe aller, und es ist wichtig, dass diese Anliegen weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung der OSZE, der Parlamentarischen Versammlung und aller unserer nationalen Parlamente stehen. Parlamentarier haben weitreichende Möglichkeiten, daran in ihren Heimatländern zu arbeiten, sollten aber auch die Initiativen der OSZE zur Verbesserung der Geschlechtergleichstellung und die Arbeit der Beauftragten für Medienfreiheit zur Gewährleistung von Medienpluralismus und freier Meinungsäußerung für alle unterstützen.

⁹ Venedig-Kommission und OSZE/BDIMR, Joint Guidelines on Freedom of Association, Study no. 706/2012 OSCE/ODIHR Legis-Nr: GDL-FOASS/263/2014, CDL-AD(2014)046, 17. Dezember 2014.

Unabhängigkeit der Justiz

Alle OSZE-Teilnehmerstaaten haben erklärt, dass eine unabhängige Justiz wesentlich für den umfassenden Ausdruck der Menschenrechte ist,¹⁰ doch ist diese Unabhängigkeit in vielen Ländern weiterhin bedroht. Persönliche Angriffe, Druck von außen, öffentliche Diffamierung und andere Handlungen stellen eine ernste Bedrohung für die Akteure des Rechtswesens und damit für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie dar. International anerkannte Rechte sichern Mitgliedern der Justiz die Freiheit der Meinungsäußerung, der Weltanschauung, der Vereinigung und der Versammlung zu; diese Rechte werden jedoch häufig von autoritären Regimen beschnitten. Angesichts solcher Rechtsverletzungen müssen die Angriffe auf Justizsysteme und Mitglieder der Justiz überwacht und Maßnahmen zum Schutz und zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit ergriffen werden. Alle OSZE-Teilnehmerstaaten sollten das vom BDIMR bereitgestellte Fachwissen nutzen, um sicherzustellen, dass die Justiz frei von unzulässiger Einflussnahme wirkt und zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit im jeweiligen Land beiträgt.

Eintreten für die Rechte von Minderheiten

Seit langem bestehende Tendenzen, Minderheiten zum Sündenbock oder anderweitig zur Zielscheibe zu machen, sind in der gesamten OSZE-Region leider nach wie vor an der Tagesordnung. Bei diesen verletzbaren Bevölkerungsgruppen muss besonders darauf geachtet werden, dass sie die gleichen Rechte und den gleichen Schutz genießen können wie alle anderen in unserer Gesellschaft.

Religiöse Minderheiten

Der Sonderbeauftragte der OSZE/PV zu Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz hat wiederholt auf die Zunahme von Hassverbrechen in der Region hingewiesen, von denen Muslime, Juden, christliche Minderheiten und Menschen asiatischer Herkunft betroffen sind.¹¹ Es ist besorgniserregend, dass Minderheiten nun in fast allen Ländern mit einer Zunahme von Gewalt und Verfolgung konfrontiert sind. Diskriminierung aus religiösen, rassistischen und anderen Gründen ist noch immer ein realer Faktor in unseren Gesellschaften. Vor allem das Auftreten von Hassverbrechen muss auf unserer Tagesordnung obenan stehen. Die Regierungen sollten Verantwortung dafür übernehmen, diese Hassverbrechen zu vereiteln, und die OSZE kann wichtige Unterstützung leisten. Präzise Statistiken und Informationen über Hetze und Hassverbrechen bleiben ein wichtiges Instrument für eine fundierte Entscheidungsfindung in diesem Bereich, und alle OSZE-Teilnehmerstaaten sollten dem BDIMR regelmäßig entsprechende Informationen übermitteln.

Achtung der Rechte von LSBTI-Menschen

Ähnlich wie Frauen und religiöse Minderheiten vielerorts sehen sich auch LSBTI-Menschen in einigen OSZE-Ländern besorgniserregenden Ausgrenzungstendenzen gegenüber. Regierungen und politische Parteien in bestimmten Ländern unserer Region haben die „LSBTI-Ideologie“ als ausländischen Einfluss abgestempelt. In der

¹⁰ Kopenhagener Dokument der OSZE, Ziffer 5.12.

¹¹ <https://www.oscepa.org/en/documents/annual-sessions/2021-remote-session/urgency-items/4236-addressing-the-rise-in-hate-intolerance-violence-and-discrimination-across-the-osce-region/file>

OSZE-Region ist zu beobachten, dass Regierungen im Zuge eines populistischen, aber für die Gesellschaft schädlichen Trends diese LSBTI-feindliche Politik anderer Länder kopieren. Mancherorts müssen Schulen entweder jegliche Diskussion über Genderthemen oder die „LSBTI-Ideologie“ vermeiden oder sie im Unterricht aktiv kritisieren, um sie zu diskreditieren. Es ist eine bedauerliche Tatsache, dass die Rechte von LSBTI-Menschen nicht in allen Ländern der OSZE-Region geachtet werden, und bei der Unterstützung dieser Gemeinschaft scheint es wenig Fortschritt zu geben. Parlamentarier müssen sich vernehmbar für die Rechte dieser Gemeinschaft einsetzen und daran arbeiten, angemessene Schutzvorkehrungen zu treffen. Das OSZE/BDIMR sollte diesem Trend besondere Aufmerksamkeit widmen, mit dem Ziel, die Teilnehmerstaaten beim Schutz der Rechte ihrer Bevölkerung zu unterstützen. Dazu gehören auch das Sammeln von Informationen über Hassverbrechen gegen LSBTI-Menschen und die Beratung bei politischen Maßnahmen.

Kulturelles Gedächtnis

Im vergangenen Jahr sind uns die schrecklichen Verbrechen, die an indigenen Völkern begangen wurden, vor Augen geführt worden. Die Vergangenheit lebt nun wieder auf und zeigt die hässlichen Narben, die sie bei den Opfern früherer Kolonialsysteme hinterlassen hat. Versuche, die Kulturen derer zu begraben, die das Land lange bewohnt haben, sind nicht zu übersehen. Wir sollten dies verurteilen, unsere Bevölkerung an die Gesellschaften, die es vorher gab, erinnern und uns für eine Entschädigung für die Nachkommen indigener Völker, die gelitten haben, aussprechen.

Achtung der Rechte von Migranten

Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten im OSZE-Raum haben in den letzten Jahren dramatisch zugenommen, vor allem was die Verweigerung des Zugangs zu Asyl und Rückführungen ohne individuelle Garantien betrifft. Dass sich die Beweise für brutale Gewalt und die Gefährdung von Menschenleben sowie für Praktiken, die auf Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung hinauslaufen, häufen, sollte jeden OSZE-Teilnehmerstaat mit wachsender Sorge erfüllen. Zahlreiche nichtstaatliche Organisationen haben dokumentiert, dass sich die Praxis der „Pushbacks“ entlang der meisten Migrationsrouten ausbreitet, was eindeutig gegen die internationalen Verpflichtungen der Staaten zum Schutz der Menschenrechte von Migranten verstößt. Diese Handlungen sind nicht zu rechtfertigen, auch nicht in Notlagen.

Die Staaten haben die humanitäre Pflicht, die Legalisierung von „Pushbacks“ und die Durchführung von Maßnahmen, die wesentliche Garantien zum Schutz der Rechte von Flüchtlingen, Asylsuchenden und Migranten an den Grenzen beseitigen, zu vermeiden. Während der andauernden humanitären und Migrationskrise, die durch den Krieg in der Ukraine noch verschärft wird, muss der Schutz grundlegender Menschenrechte von Migranten, Flüchtlingen und Binnenvertriebenen gewährleistet werden.

Wie dies vom Ad-hoc-Ausschuss der OSZE/PV für Migration herausgearbeitet wurde, sollten alle OSZE-Teilnehmerstaaten zudem Schritte unternehmen, um einander für

diese Verstöße zur Rechenschaft zu ziehen und die mit dem Schutz von Flüchtlingen verbundenen Grundrechte zu achten.

Freiheit der Medien, der Meinungsäußerung und der Versammlung

Die Freiheit der Medien, der Meinungsäußerung und der Versammlung sind Grundpfeiler demokratischer Systeme, und mit der COVID-19-Pandemie ist die Ausübung dieser Rechte weiter unter Druck geraten. In den letzten Jahren haben wir gesehen, wie sich wachsender Zweifel an den Medien breitmacht, auch aufgrund der anfänglichen Unsicherheiten in Bezug auf das Coronavirus. Die Pandemie hat zudem bereits bestehende Probleme im Zusammenhang mit Desinformation und Fehlinformation sowie das Misstrauen gegenüber den Medien verstärkt. Die Unabhängigkeit und Pluralität der Medien ist für eine gut funktionierende Demokratie unerlässlich, und wir müssen daran arbeiten, sie vor schädlichen Einflüssen zu schützen.

Gewalt gegen Journalisten und die freie Meinungsäußerung einschränkende Rechtsvorschriften

Journalisten und Medienschaffende sind weiterhin online wie physisch mit Schikanen und Gewalt konfrontiert, und zwar in einem solchen Ausmaß, dass unabhängige Berichterstattung in einigen Ländern eine gefährliche Laufbahn ist. Autoritäre Regierungen und Bewegungen sind bestrebt, unabhängige Stimmen und Journalisten durch Rechtsvorschriften wie auch durch Zwang zu unterdrücken. In der Pandemie waren enorme Mengen an Desinformation und Fehlinformation im Umlauf, und um dem entgegenzuwirken, wurden in einigen Fällen auch Rechtsvorschriften erlassen, die es schwieriger machten, Regierungen und ihre Krisenbewältigungspolitik zu hinterfragen oder zu kritisieren.

Nun jedoch, da die Welt begonnen hat, die Pandemie hinter sich zu lassen, sind einige dieser die Redefreiheit einschränkenden Politiken aus der COVID-Ära leider immer noch in Kraft. Tatsächlich haben sich schädliche Ansätze ausgebreitet, und von autoritären Regierungen beschlossene Rechtsvorschriften und Politiken sind in anderen Ländern kopiert worden. Dass Regierungen legislative Mittel einsetzen, um die Redefreiheit einzuschränken, macht es nicht besser: Regierungen müssen – ob in Pandemie-, in Kriegs- oder in normalen Zeiten – das Recht der freien Meinungsäußerung achten und erfüllen und Rechtsvorschriften oder sonstige Maßnahmen, die diese Grundfreiheit beschneiden, vermeiden. Die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit kann nützliches Fachwissen über mediengerechte legislative und regulative Maßnahmen bereitstellen, das alle Teilnehmerstaaten nutzen sollten.

Infolge der russischen Invasion in die Ukraine ist die freie Meinungsäußerung zusätzlich bedroht. Mehrere nichtstaatliche Organisationen haben Beweise für gezielte Tötungen vorgelegt, und Journalisten und Medienschaffende sind im Zuge der Feindseligkeiten in der Ukraine getötet worden.

Versammlungsfreiheit online

Wie von der OSZE/PV bereits erörtert, hat die COVID-19-Pandemie die Menschenrechtsprobleme in der gesamten OSZE-Region verschärft. In fast allen Ländern wurde das Recht, sich öffentlich zu versammeln, in gewissem Umfang eingeschränkt; doch in einigen Ländern wurde die Pandemie als Vorwand für übermäßig restriktive Maßnahmen und die strikte Unterdrückung von Protesten benutzt. Angesichts derartiger Restriktionen haben sich Menschen auf neuen und kreativen Kommunikationswegen zusammengefunden, vor allem durch die Verlagerung von physischen zu virtuellen Räumen. Allerdings werden Internetabschaltungen immer häufiger und von immer mehr Regierungen benutzt, um den freien Informationsfluss und „Online-Demonstrationen“ zu unterbinden.¹² Da unser Leben zunehmend online stattfindet, ist es wichtig, dass die Freiheit, sich online zu versammeln,¹³ geschützt wird, und es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um globale Normen für Menschenrechte im virtuellen Raum zu prägen. Das BDIMR und die OSZE sind gut positioniert, um Trends in diesem Bereich zu beobachten und Normen zu entwickeln, die die Anerkennung und den Schutz dieses Rechts online gewährleisten.

Falschmeldungen und Desinformationen

Während der COVID-19-Pandemie hat die Nutzung digitaler Technologien stark zugenommen, und viele von uns nutzen diese Instrumente umfassend für die tägliche Kommunikation. Digitale Technologien haben jedoch auch die Verbreitung von Fehlinformation, Desinformation und Hetze begünstigt und manchmal die Konfliktdynamik und sogar Gewalt angetrieben. Desinformation kann über den digitalen Raum hinaus Menschenrechte verletzen und physischen Schaden verursachen (wenn zum Beispiel zu Gewalt gegen eine Minderheitengruppe aufgestachelt wird). Die Korrelation zwischen Online-Desinformation und Belästigung, Einschüchterung und Diskriminierung ist eine Realität, die mit großer Sorgfalt untersucht und angegangen werden muss. Dringend notwendig ist eine genaue Beobachtung der Verbreitung von Desinformation und ein Gegensteuern mit präzisen und vertrauenswürdigen Informationsquellen im Rahmen innovativer Partnerschaften, die dazu beitragen können, in einer gut informierten Bevölkerung Vertrauen aufzubauen. Eine lebendige, unabhängige Medienlandschaft und eine ausgeprägte Medien- und Informationskompetenz können die Widerstandskraft der Gesellschaft gegenüber Desinformation und Fehlinformation stärken, wie die OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit unterstreicht. Vor allem in Konfliktzeiten ist die Gewährleistung der Sicherheit und Meinungsäußerungsfreiheit von Journalisten von größter Bedeutung und sollte von allen Teilnehmerstaaten geschützt werden. Wenn täglich Menschenleben auf dem Spiel stehen, haben Propaganda und Desinformation ebenso wie Zensur eine verzerrende Wirkung, die außerordentlich schädlich ist.

Die Zunahme demokratiefeindlicher Rhetorik in den Medien

Die bei einer Reihe von Regierungen festgestellten autoritären Trends werden häufig von Medien begleitet, die ihre Handlungen unterstützen. Wir können beobachten, dass

¹² [Report of the Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association 2019](#)

¹³ [General comment no. 37 \(2020\) on the right of peaceful assembly \(article 21\) : Human Rights Committee](#)

autoritär ausgerichtete Medien, die sich einer LSBTI-feindlichen und paternalistischen Rhetorik bedienen, auf dem Vormarsch sind. Während alle Menschen das Recht der freien Meinungsäußerung genießen sollten, müssen wir uns der Auswirkungen bewusst sein, die Medien auf unsere Bemühungen zur Förderung gleicher Rechte und demokratischer Werte haben können. Es ist bemerkenswert, dass solche Medien oft enge finanzielle Verbindungen zu populistischen politischen Parteien oder Regierungen haben und eine echte Unabhängigkeit von der Regierung zuweilen nicht gegeben ist. Hier sollten wir wachsam sein, denn viele Regierungen mischen sich bereits mehr und mehr in die Zivilgesellschaft ein und verstärken die staatliche Einflussnahme auf die Medien und weitere autoritäre Tendenzen.